



## Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Herr Schumacher

Telefon: (0221) 25726

Fax: (0221) 26500

E-Mail: christian.schumacher@stadt-koeln.de

Datum: 15.04.2019

### Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 30.10.2018, 17:00 Uhr bis 18:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Michael Paetzold	SPD
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Herr Joachim Heinlein	GRÜNE
Frau Ursula Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	FDP

#### Beratende Mitglieder

Herr Michael Winkler	auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Herr Dr. med Martin Theisoohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Dr. Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Herr Ulrich Krüger	Bürgerzentrum Ehrenfeld
Herr Hartmut Steffens	auf Vorschlag der CDU
Frau Sabine Stiller	CDU
Frau Beate Hane-Knoll	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP

#### Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Sophie Sängler	TX Köln
---------------------	---------



## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

A) Gestuftes Versorgungssystem im Rettungsdienst Köln – Sachstand

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

#### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **5 Beschlussvorlagen**

5.1 Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 08.03.2018 zur Antragstellung beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf Erlaubnis zur kontrollierten und lizenzierten Abgabe von Cannabisprodukten 0845/2018

##### **5.1.1 TOP 5.1**

Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 08.03.2018 zur Antragstellung beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf Erlaubnis zur kontrollierten und lizenzierten Abgabe von Cannabisprodukten, 0845/2018  
AN/1321/2018

#### **6 Mitteilungen**

6.1 Konzept zur Förderung des Ehrenamtes in der Freiwilligen Feuerwehr Köln 3181/2018

6.2 Fachgespräch „Erfahrungen aus Berlin und NRW zu Drogenhilfeangeboten: Konsumräume und/ oder –mobil“ am 26. September 2018 3278/2018

6.3 Sachstand zur Unterbringung von Christoph 3 und Christoph Rheinland am Flughafen Köln/Bonn 3265/2018

6.4 Kalkberg, Staubverwehungen und Sachstand  
Mündliche Anfrage der RM Brust und Kockerbeck aus der Sitzung des Bauausschusses am 17.09.2018 3170/2018

6.5 Rohrleitungsschaden Naphtha  
hier: Sachstandsbericht zum 15.09.2018  
3204/2018

6.6 1. Kölner Fachtag für Zahngesundheit und Mundhygiene  
3535/2018

**7 Mündliche Anfragen**

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

**9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**11 Beschlussvorlagen**

**12 Mitteilungen**

**13 Mündliche Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### **A) Gestuftes Versorgungssystem im Rettungsdienst Köln – Sachstand**

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner erläutert anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation den Sachstand zum „Gestuftem Versorgungssystem im Rettungsdienst Köln“.

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna fragt, was ein Arzt oder ein nicht approbierter Notfallsanitäter im Notfall tun dürfe. Darüber gebe es Diskussionen und es werde unterschiedlich gehandhabt.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner erläutert, dass Notfallsanitäter eine dreijährige Ausbildung mit Settings an lebensrettenden Maßnahmen und Medikamenten absolvieren müssen. Außerdem gebe es eine Erlasslage des Landes wonach dieses Setting geschult und von den Notfallsanitäter/innen angewandt werden müssen. Dabei handele es sich um einen vielschichtigen Prozess. Es müssen bestimmte Geräte und Medikamente beschafft und Personal entsprechend ausgebildet werden. Das Rettungsfachpersonal könne bereits gewisse Maßnahmen durchführen, da lebensrettende Maßnahmen grundsätzlich nicht verboten seien.

SB Frau Houben fragt, ob die Notfall-KTWs nur von der Leitstelle disponiert werden oder auch Hausärzte bei einem Hausbesuch Maßnahmen ergreifen können, wenn festgestellt werde, dass der Patient ins Krankenhaus müsse, aber kein Transport mit dem RTW notwendig sei.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner antwortet, dass derzeit ein funktionierender Krankentransport in Köln mit 55 Fahrzeugen bestehe. An manchen Tagen sei er stärker und an anderen wiederum schwächer ausgelastet. Dies seien die KTWs auf die sie bisher mit den Telefonnummern zurückgegriffen haben. Der Notfall-KTW sei aus diesem System ausgenommen und werde von der Leitstelle disponiert.

RM Herr Paetzold merkt an, dass das Ersthelfersystem bei GVS 5 wieder eingeführt werden soll und bittet Herrn Prof. Dr. Dr. Lechleuthner um kurze Erläuterung worum es sich hierbei handle.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner erläutert, dass es sich dabei um ehrenamtliche Kräfte handele, die sich mit ihrem privaten Handy bereit erklären, sich von der Leitstelle, wenn sich in einem bestimmten Umkreis für eine Wiederbelebung befinden, aktivieren zu lassen. Es komme ursprünglich aus dem ländlichen bzw. von Inseln und breite sich langsam auch in den Städten aus. Dies sei allerdings an die Leitstelle gekoppelt und müsse auch durch diese alarmierbar sein.

RM Herr Paetzold gibt an, dass das First Response System etwas ähnliches war. Da konnte wenn ein Reanimationsfall vorlag auch mal ein Löschfahrzeug vor der Tür stehen.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner antwortet, dass dies auch heute noch so sei. Sowohl bei der Berufsfeuerwehr als auch bei der freiwilligen Feuerwehr gebe es auf den Fahrzeugen Ersthelfer-Ausrüstungen. Nicht bei allen Freiwilligen, aber bei der Berufsfeuerwehr, weil dort auch das entsprechende Personal vorhanden

sei. Wenn in einem bestimmten Gebiet alle Rettungswagen beschäftigt seien, wird automatisch ein Löschfahrzeug vorgeschlagen, welches dann zur Einhaltung oder Verkürzung der Hilfsfrist beitragen könne.

RM Herr Paetzold merkt an, dass tatsächlich ein erhebliches Problem bezüglich der KTWs bestehe. Wenn ein Patient der nicht dringend ins Krankenhaus müsse aber trotzdem nicht zuhause bleiben könne, dann noch eine Wartezeit von mehr als zwei Stunden hätte, dann würde man den RTW trotzdem anrufen.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner antwortet, dass man versuchen könne einen Notfall KTW zu bekommen, obwohl dieser eigentlich nicht für diese Situationen gedacht sei.

RM Herr Dr. Strahl bedankt sich zunächst bei Herrn Prof. Dr. Dr. Lechleuthner für die detaillierte Aufschlüsselung. Dies sei sehr hilfreich. Wenn man sich GVS 1 und GVS 2 anschau, stelle man fest, dass diese beiden Punkte ca. 50% aller Notfälle ausmachen. GVS 1 machen ca. 15% aus und GVS 2 35%. Wenn man GVS 2 besser strukturieren würde, könne man daraus einen großen Nutzen ziehen. Er fragt nach, wie man sich das angekündigte Pilotprojekt vorstellen müsse und wer die Interessenten seien. Neben der Stadt müssten auch die Krankenkassen ein hohes Interesse daran haben.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner erläutert, dass in diesem Umfang das Projekt derzeit einzigartig sei und dies den Krankenkassen so nicht bekannt sei. Sowohl die Krankenkassen als auch das Ministerium wollen dies unterstützen. Das Meldebild stellt jedoch ein Problem dar, da das Einsatzpersonal am Ende des Einsatzes klassifiziere. Da die Ergebnisse so gleichmäßig seien, bestätige das die hohe Expertise des Einsatzpersonals.

Die Menschen rufen jedoch anders an und beschreiben ggf. Symptome, die sich am Ende als etwas anderes herausstellen. Aus dem Meldebild sei nicht eins zu eins zu erkennen wo diese Schichtung sei. Jetzt könne langsam auf die Differenzierung hingearbeitet werden. Bisher seien sie in den ganz leichten und den ganz schweren Fällen gut. Nur in der Mitte sei die Streuung noch zu hoch. Daran müsse strategisch gearbeitet werden. Die Informationsquelle sei zur Zeit der Anrufer.

Auf die Leitstelle komme mit dieser Spreizung ein enormer Druck zu. Die Ausbildung der Leitstelle müsse dahingehend auch geändert werden. Sodass richtig mit dieser Fallgruppe umgegangen werden könne. Dahingehend verfasse das Ministerium auch einen Erlass.

SE Herr Steffen merkt an, dass in 25% der Fälle ein Notarzt angerufen werde und die Einsätze nicht richtig kategorisiert seien.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner erwidert, dass zurzeit die Nachbestellungen im Wesentlichen organisatorischer Natur seien. Es seien nicht die Reanimationen wo nachbestellt werde. Es seien die Patienten wo das nichtärztliche Personal den Transport nicht organisiert bekomme, da der Patient sich zum Beispiel weigere. Da solle der Tele-Notarzt eine externe Unterstützung schaffen. Zurzeit mache das schon seit 16 Jahren der LNA vom Dienst. Dahingehend werden die Kollegen beraten und wenn es nicht klappe, fahre einer nach.

SB Frau Röhrig fragt nach, wie hoch die Quote sei, dass der Notarzt rechtzeitig bei akuten Herzinfarkten eintreffe.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner antwortet, dass in diesen Fällen die Zielvorgabe von 90% geschafft werden. Vielleicht müsse man bei GVS 1 und GVS 2 auch nicht so gut sein. Bei GVS 1 könne der Patient einen Termin beim Hausarzt machen. In GVS 2 befinde er sich in einer besonderen Situation, aber nicht in akuter Lebensgefahr.

RM Herr Kaske fragt nach, wer die Anrufe über die Rufnummern 116 und 117 annehme.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner erläutert, dass die Anrufe in Duisburg von den Kollegen der Arztnotrufzentrale angenommen werden.

SE Herr Gaida merkt an, dass er auch schon bei 116 und 117 angerufen habe und dort sehr lange in der Warteschleife lag. Ohne Verstärkung werde dies nicht funktionieren.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner stimmt dem zu und gibt an, dass dies von der Uhrzeit abhängt.

SB Frau Houben fragt nach, ob eine direkte Kontaktaufnahme nicht einfacher sei, als dass die Kollegen vor Ort die 116 oder 117 wählen und diese dann weitervermitteln.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner erläutert, dass es verschiedene Varianten gäbe. Derzeit teste man diese aus, um die ideale Lösung zu finden. Das Projekt sei auf drei Jahre ausgelegt.

## **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

Keine

## **2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

Keine

## **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

## **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

## **5 Beschlussvorlagen**

### **5.1 Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 08.03.2018 zur Antragstellung beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf Erlaubnis zur kontrollierten und lizenzierten Abgabe von Cannabisprodukten 0845/2018**

Aufgrund von Beratungsbedarf der SPD-Fraktion wird die Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt beraten.

#### **5.1.1 TOP 5.1**

##### **Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 08.03.2018 zur Antragstellung beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf Erlaubnis zur kontrollierten und lizenzierten Abgabe von Cannabisprodukten, 0845/2018 AN/1321/2018**

Aufgrund von Beratungsbedarf der SPD-Fraktion wird die Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt beraten.

## **6 Mitteilungen**

### **6.1 Konzept zur Förderung des Ehrenamtes in der Freiwilligen Feuerwehr Köln 3181/2018**

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, dass es ein wichtiger Schritt sei, da wir das Engagement der freiwilligen Feuerwehr nicht nur wertschätzen, sondern mit den Konzeptionen auch zukunftsfähig machen wollen. Die Verwaltung möchte etwas für die Rekrutierung tun, damit das Ehrenamt attraktiv werde. Die Verzahnung zwischen Berufs- und freiwilliger Feuerwehr solle sichergestellt werden. Wir als Verwaltung haben die Mittel dieses Konzept umzusetzen und haben dies über den Veränderungsnachweis in die laufenden Haushaltsberatungen aufgenommen. Der Finanzausschuss hat dem auch zugestimmt. Es sei ein wichtiger Schritt sowohl für die Wertschätzung der freiwilligen Feuerwehr als auch ein wichtiger Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit. Denn die freiwillige Feuerwehr ist nicht nur Beiwerk, sondern ein ganz elementarer Bestandteil des Sicherheitsgefüges der Stadt. Daher geben wir mit dem Konzept der freiwilligen Feuerwehr eigentlich das, was ihr auch zustehe. Ich bin froh über die gute Zusammenarbeit zwischen freiwilliger und Berufsfeuerwehr im gesamten Jahr.

RM Herr Dr. Strahl pflichtet Herrn Stadtdirektor Dr. Keller bei. Die freiwillige Feuerwehr sei ein fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in den einzelnen Vororten. Deshalb solle dieses gesellschaftliche Engagement unterstützt und wertgeschätzt werden, sodass sich die freiwillige Feuerwehr auch sicher und wohlfühle.

RM Herr Heinlein fragt nach, wie der Anteil von Frauen und Migranten gesteigert werden könne, die ersten Schritte des Konzeptes umgesetzt werde und ob es auch die Möglichkeit der Nachbetreuung für die freiwillige Feuerwehr gäbe.

Herr Feyrer bedankt sich für die Anerkennung für das Konzept zur Förderung des Ehrenamtes. Die Personalgewinnung sei ein Punkt des Personalentwicklungskonzeptes. Der Anteil von Frauen sei in der freiwilligen Feuerwehr deutlich höher als in der Berufsfeuerwehr. In Köln bildet die freiwillige Feuerwehr und die Berufsfeuerwehr eine Einheit und so gelte die psychosoziale Unterstützung ebenfalls für alle Einsatzkräfte.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller erläutert, dass in der Finanzausschussvorlage keine umfassenden Informationen zu dem Projekt vorhanden sei. Das Budget i.H.v. 450.000 € werde z.B. für das Personalentwicklungskonzept, zum Aufbau der Kinderfeuerwehr oder für eine Datenbank, die die freiwillige Feuerwehr benötigt, verwendet.

SB Herr Heinlein begrüßt die direkte Umsetzung und merkt zur Vorlage an, dass in den 24 Einsatzgruppen jeweils die gleichen Fahrzeuge gewünscht seien.

Der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Feyrer erläutert, dass für die freiwillige Feuerwehr und die Berufsfeuerwehr ein gemeinsames Fahrzeugkonzept vorgestellt werde. Dies solle zukünftig den Beschaffungsvorgang, die Reparatur und die Wartung erleichtern.

## **6.2 Fachgespräch „Erfahrungen aus Berlin und NRW zu Drogenhilfeangeboten: Konsumräume und/ oder –mobil“ am 26. September 2018 3278/2018**

Der Ausschussvorsitzende, RM Dr. Unna, bedankt sich bei der Verwaltung für das informative Fachgespräch über die „Erfahrungen aus Berlin und NRW zu Drogenhilfeangeboten: Konsumräume und/ oder –mobil“ vom 26. September 2018. Er merkt an, dass sich parteiübergreifend die Frage stelle, was denn nun für die hiesige Problematik daraus folge. Das mobile Konzept sei zwar nicht die beste Lösung, doch ließe es sich zeitnah umsetzen. Diesbezüglich kündigt er an, dass ein Antrag zur Beauftragung der Verwaltung, eine mobile Lösung zu beschaffen, in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses von den Fraktionen beschlossen werde. Ungeachtet hiervon solle die Verwaltung weiter an einer geeigneteren dauerhaften Lösung arbeiten.

Herr Beigeordneter Dr. Rau bestätigt den dringenden Handlungsbedarf. Er betont aber, dass es gegenüber der Umsetzung einer mobilen Lösung des Drogenhilfeangebotes fachliche Einwände gebe: Angesichts der geringen Platzzahl in den Bussen sowie den fehlenden Sanitäreinrichtungen, welche am Neumarkt ein Problem darstellen, sei die mobile Umsetzung keine adäquate Lösung im Vergleich zu einem dauerhaft fest konstituierten Hilfeangebot. Dem Platzmangel geschuldet sei in diesem Angebot keine Aufenthaltsmöglichkeit für das Klientel umsetzbar. Schlussendlich bedeute dies, dass keine spürbare Entlastung für den öffentlichen Raum entstehe.

Zudem bestehe ein zunehmender Bedarf an inhalativem Konsum von Heroin. Nach aktuellem Kenntnisstand gebe es bisher keine Buslösung, die diesen Konsum gewährleisten könne. Die bedarfsgerechte Herrichtung bzw. der Umbau eines Busses sei nicht kurzfristig realisierbar.

RM Herr Paetzold pflichtet dem Ausschussvorsitzenden, RM Dr. Unna bei, dass die mobilen Konsumräume keine ideale Lösungen seien, es jedoch aktuell auch keine bessere gäbe, die dem betroffenen Klientel helfen könne. Der inhalative Konsumbedarf in der Szene sei laut Fachleuten ebenfalls in einem Bus zu realisieren und könne den zunehmenden Bedarf decken. Nach wie vor bestehe jedoch der Wunsch nach einem festen Drogenkonsumraum in Neumarktnähe. Die SPD-Fraktion begrüße die Einbringung eines solchen Antrages in der nächsten Sitzung und werde diesen auch unterstützen.

RM Frau Gärtner knüpft an die Anmerkung von RM Herr Paetzold an, dass, trotzdem die mobile Lösung umgesetzt werden solle, der eigentliche Wunsch nach einem stationären Drogenhilfeangebot nicht nachlasse. Die CDU-Fraktion habe noch Bedenken wegen der inhalativen Konsummöglichkeit. Sie rät der Verwaltung dazu, keine Zeit bezüglich der nötigen Vorbereitungen verstreichen zu lassen, da der angekündigte Antrag beschlossen werden würde.

SB Frau Houben schließt sich dem nahtlos an.

SE Herrn Steffen betont, dass der politische Wille da sei und im Jahre 2018 die technischen Hürden bezüglich einer inhalativen Möglichkeit als auch die Toilettenproblematik keine Causa gegen einen mobilen Konsumraum darstelle.

SB Frau Röhrig plädiert, die angestrebte mobile Lösung zu befristen und nicht für Kalk und Mülheim einzusetzen. Dort gäbe es bestimmte Möglichkeiten, schneller Räume anzumieten als am Neumarkt, um den Problemen abzuhelpfen.

Der Ausschussvorsitzende, RM Dr. Unna fasst zusammen, dass eine Umsetzung erfolgen müsse und bittet die Verwaltung auch ohne formalen Beschluss um Vorbereitung, weil dieser unumstößlich getroffen werden würde.

Herr Beigeordneter Dr. Rau antwortet, dass ein gefasster Beschluss entsprechend des politischen Willens über den mobilen Konsumraum selbstredend von der Verwaltung auch umgesetzt werde. Im Vorgriff auf die Ankündigung der Politik erkläre er sich bereit, bereits vorab in die nötigen Vorbereitungen einzutreten.

### **6.3 Sachstand zur Unterbringung von Christoph 3 und Christoph Rheinland am Flughafen Köln/Bonn 3265/2018**

Der Ausschussvorsitzender RM Dr. Unna bedankt sich bei den Mitarbeitern die dort jeden Tag einen tollen Job verrichten Ihm sei bewusst, dass derzeit eine Prüfung von anderen Standorte vorgezogen werde, da damit zu rechnen sei, dass auch in naher Zukunft keine adäquate Lösung gefunden werde. Deswegen sei es schön, wenn das bisherige so professionalisiert werde, dass die Leute Wetter unabhängig vernünftig arbeiten können.

Stadtdirektor Dr. Keller stimmt Herrn Dr. Unna diesbezüglich zu. Er wollte auf dieses Thema nochmal zu sprechen kommen, da die Presse im Sommer die Situation etwas anders dargestellt habe. Es habe nochmal eine Begehung mit der Arbeitssicherheit und der Bezirksregierung stattgefunden. Bei der Unterbringung des Christoph Rheinland habe es keine Mängel gegeben und bei der Unterbringung Christoph 3 habe es Mängel gegeben, die mittlerweile auch behoben wurden.

Er möchte damit nicht suggerieren, dass die Situation optimal sei. Es sei ein Provisorium, insbesondere bei Christoph Rheinland muss überlegt werden, ob die Container-Anlage ersetzt werden solle. Den extremen Temperaturen mussten sich auch die Berufsfeuerwehrleute aussetzen. Daher muss die Berichterstattung ein bisschen relativiert werden. Es werde weiterhin mit dem ADAC geprüft was getan werden könne und welche Alternativen es gäbe. Eine dauerhafte und endgültige Entscheidung müsse her.

RM Herr Paetzold habe die Presseberichterstattung als Hilferuf der Mitarbeiter verstanden. Diese haben sich offensichtlich an die Presse gewandt und scheinbar auch nicht ganz ohne Grund. Auch wenn die Arbeitssicherheit keine großen Mängel festgestellt habe, müsse die Qualität nicht unbedingt gut sein. Es zeuge auch von keiner hohen Wertschätzung, wenn der Ruheraum als Materiallager genutzt werde. Eine Investition in eine neue Anlage würde sich bestimmt lohnen, da es unter Umständen noch lange dauern könne einen geeigneten Standort zu finden und um den Mitarbeitern die Möglichkeit zum Ausruhen zu geben, da diese in ihrem Job in bester Form sein müssen.

Der Ausschussvorsitzender RM Dr. Unna bittet Herrn Feyrer und Herrn Dr. Keller die Wertschätzung des Gesundheitsausschusses an die Mitarbeiter weiterzugeben. Und sie seien der Meinung, dass die Aufenthaltsmöglichkeiten verbessert werden müssen.

**6.4 Kalkberg, Staubverwehungen und Sachstand  
Mündliche Anfrage der RM Brust und Kockerbeck aus der Sitzung des  
Bauausschusses am 17.09.2018  
3170/2018**

RM Herr Dr. Strahl merkt an, dass die Nordflanke sehr nah an der Straße läge und fragt nach, ob es möglich sei, eine Spundwand aufzustellen.

Herr Stadtdirektor Dr. Keller gibt an, dass die Verwaltung die Frage zur Klärung in die Verwaltung mitnehme. Das Thema sei sicherlich in Bearbeitung und eine fachliche Meinung vorhanden.

Der Ausschussvorsitzender RM Dr.Unna hofft, dass der Kalkberg bis nächsten Sommer vorangekommen sei oder zumindest nach alter Auffassung bei Trockenheit gewässert werde.

**6.5 Rohrleitungsschaden Naphtha  
hier: Sachstandsbericht zum 15.09.2018  
3204/2018**

RM Herr Dr Strahl sei überrascht, dass das Rohbenzin, welches einen so hohen Prozentsatz hat, natürlich abgebaut werden könne. Er fragt nach, wie man dies fördern könne und was als unlöslicher Rest bleibe.

Herr Beigeordneter Dr. Rau gibt an, dass die Fachleute eine entsprechende Mittelung erstellen, da diese nicht im Ausschuss anwesend seien.

**6.6 1. Kölner Fachtag für Zahngesundheit und Mundhygiene  
3535/2018**

RM Dr. Strahl erklärt, er sei froh, dass er bereits im Vorfeld von diesem Termin erfahren habe.

SE Herr Dr. Theisohn dankt der Fachverwaltung, dass das Thema aufgegriffen wurde. Er habe festgestellt, dass häufig Pflegeeinrichtungen nicht wissen, wo ein Zahnarzt gefunden werden könne, der vor Ort praktiziert. In den letzten Jahren habe es sich deutlich gebessert. Mittlerweile können Zahnärzte mit einem mobilen Stuhl arbeiten, sodass dann kaum jemand in die Praxis geschickt werden müsse, was bei bettlägerigen Patienten besonders schwierig sei.

SB Frau Houben fragt, wie zu dieser Veranstaltung eingeladen und ob alle ambulanten oder stationären Pflegeeinrichtungen angeschrieben werden.

Die Leiterin des Gesundheitsamt, Frau Dr Bunte, teilt mit, dass die Öffentlichkeit über die Presse informiert werde und die Verteiler, die dem Gesundheitsamt zur Verfügung ständen, entsprechend genutzt würden.

**7 Mündliche Anfragen**

Keine

Dr. Unna  
Ausschussvorsitzender

Schumacher  
Schriftführer

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

Keine

### **9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

### **10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Keine

### **11 Beschlussvorlagen**

Keine

### **12 Mitteilungen**

Keine

### **13 Mündliche Anfragen**

Keine

Dr. Unna  
Ausschussvorsitzender

Schumacher  
Schriftführer